R-1

Beschluss

Annahme in der Fassung der AK

Asylrechtsverschärfungen – Nicht mit uns!

Die politische Bewältigung der großen Anzahl an Gefluchteten aus verschiedenen Teilen der Welt ist eine der größten Herausforderungen fur unsere Gesellschaft. Es ist Aufgabe der Bundesregierung, auch durch kurzfristige, schnelle und unburokratische Hilfe dafur Sorge zu tragen, dass Gemeinden, Bundesländer und andere staatlichen Institutionen die Aufnahme und Versorgung von Gefluchteten gewährleisten können, wenn sie dazu finanziell oder strukturell nicht (mehr) in der Lage sind.

Eine Lösung kann es nicht sein, das Asylrecht weiter zu verschärfen, um durch Abschreckung Menschen dazu zu bringen ihre Rechte nicht mehr in Anspruch zu nehmen – wie es erklärte Politik der CDU/CSU und ihres Bundesinnenministers Horst Seehofer ist. Wir erkennen an, dass in dem vom Bundestag verabschiedeten Asyl-Paket Forderungen der SPD umgesetzt wurden, insbesondere die Tatsache, dass Deutschland nun ein viel gefordertes Einwanderungsgesetz hat, ist ein Erfolg.

Die dafür notwendigen Kompromisse insbesondere bei dem Thema Abschiebung sind schwer zu schlucken. Die Unterbringung von Ausreisepflichtigen in regulären Gefängnissen widerspricht aus unserer Sicht auch geltender EU-Rechtslage. Zwar wird dies aufgrund der vorsorgenden Politik der SPD-geführten Landesregierung hier bei uns in Niedersachsen nicht zum Tragen kommen, jedoch blicken wir mit Sorge auf die Situation in anderen Bundesländern.

Aus unserer Grundüberzeugung des unantastbaren Asylrechts und dem festen Wissen, dass eine Politik der Ausgrenzung und Kriminalisierung kein Weg unserer Partei ist, fordern wir unsere Landtags- und Bundestagsfraktion auf, keine weitere Verschärfung des Asylrechts mitzutragen.

Überweisen an

Bundestagsfraktion